

Generationenvertrag versus private Vorsorge: Falsche Alternativen in der Rentendebatte

von
Heiner Flassbeck

(Handelsblatt, 18.7.2000)

Die Rentenreform geht in die entscheidende Runde. Eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung hat sich zu einem einschneidenden Systemwechsel entschlossen. Zum ersten Mal soll die private Vorsorge Teil der offiziellen Alterssicherung in Deutschland werden. Weil abzusehen ist, daß die Deutschen immer älter werden, sei das in den 50er Jahren eingeführte Umlageverfahren, der Generationenvertrag, nicht mehr bezahlbar. Ändere sich nichts, würden die Rentenbeiträge spätestens 2030 bei insgesamt 26 % liegen und 13 % seien weder für die Arbeitnehmer noch für die Unternehmen zumutbar. Folglich sollen die Beiträge der Arbeitgeber bei 11 % gekappt werden und die Arbeitnehmer sollen – steuerlich unterstützt – privat bis zu 15 % vorsorgen, um eine auskömmliche Rente erhalten zu können.

Vor allem letzteres, die Verteilung der Lasten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, ist politisch heftig umstritten. Die Ökonomie, die hinter diesen Vorstellungen der Regierung steht, wird in Deutschland kaum diskutiert. Lediglich zu der Frage, wo das viele angesparte Geld denn angelegt werden soll, und welche Risiken etwa eine Auslandsanlage mit sich bringt, gibt es immer wieder einmal Irritationen der Traditionalisten und auf dem Fuße folgende Beruhigungen der Modernisierer. Letztere verweisen in der Regel auf den großen globalen Kapitalbedarf. Daß es riesige Summen sein müssen, die von den Deutschen, den meisten übrigen Europäern und vor allem von den Japanern angelegt werden müssen, um eine angemessene Rente auf diesem Wege zu erreichen, darüber ist man sich weitgehend einig.

Da reibt man sich als Ökonom die Augen. Warum um Gottes Willen zerbricht sich jemand ernsthaft den Kopf, wie dieses zusätzliche große Kapitalangebot untergebracht werden kann? Das ist das einfachste von der Welt! Mehr Angebot an Kapital kann doch nur heißen, daß die Zinsen weltweit sinken, und, auf diese Weise angeregt, die Nachfrage nach Kapital steigt. So betrachtet gibt es aber überhaupt keine Notwendigkeit, Kapital im Ausland anzulegen. Warum sollten wir das Geld nicht im Inland unterbringen? Die Investitionsquote in Deutschland ist historisch niedrig, läge es da nicht nahe, die Investitionen im Inland über den gleichen Prozeß, nämlich sinkende Zinsen anzuregen?

An dieser Stelle wird die Argumentation für die Anhänger der privaten Vorsorge, also der marktwirtschaftlichen Lösung, offenbar schwierig. Da reden sie verquast über den weltweiten „Bedarf“, statt, wie unter Ökonomen üblich, über die globale Nachfrage. Das hat einen einfachen Grund: Sie „verkaufen“ die private Vorsorge nämlich gar nicht in einer reinen globalen Marktwirtschaft mit flexiblen Preisen und Zinsen, sondern in einer Pseudo-Welt, wo der Zins längst festliegt. Eines der wichtigsten Argumente für die private Vorsorge ist nämlich „das Renditeargument“, die Behauptung also, bei privater Vorsorge sei die Rendite höher als beim Generationenvertrag. Das paßt schlecht zu Angebot und Nachfrage nach Kapital. Die Anhänger der privaten Vorsorge verstoßen folglich gegen einen ehernen Grundsatz der Marktwirtschaft: Man kann nicht den Preis und die Menge gleichzeitig festlegen. Wer mit steuerlichen Anreizen das Angebot an Kapital weltweit erhöhen will, muß zugleich sagen, daß dann die Rendite für Kapital, der Zins, sinken muß, soll die Nachfrage entsprechend steigen.

Doch damit ist die Ökonomie noch nicht zu Ende, es ist noch etwas komplizierter. Entschließen sich heute viele Menschen, mehr Geld als bisher zur Bank oder zum Kapitalmarkt zu tragen, weil man ihnen sagt, sie sollen in stärkerem Maße als früher selbst für ihre Zukunft vorsorgen, steigt dann tatsächlich die Menge der Unternehmer, die dieses Geld in Sachanlagen investieren, selbst wenn der Zins sinkt? Die Hoffnung darauf steht in seltsamem Kontrast zu der Skepsis, die denen auf Schritt und Tritt begegnet, die Zinssenkung durch die Notenbanken für ein geeignetes wirtschaftspolitisches Mittel halten. Hier geht es aber gar nicht einmal um einen wirtschaftspolitischen Anstoß durch eine Institution von außen, sondern um einen reinen Marktmechanismus, von dem wir allerdings seit langer Zeit wissen, daß er unübersehbare Defizite hat.

Heute zusätzlich gespartes Geld fördert nämlich nicht das heutige Geschäft aller Unternehmer dieser Welt, sondern verdirbt es. Eine Mark, die wir heute nicht ausgeben für Güter, die Unternehmen produzieren, mindert den Umsatz aller Unternehmen unmittelbar um genau eine Mark. Wenn der Zins infolge des gestiegenen Kapitalangebots sinkt, kann der Unternehmer sich unsere Mark nun natürlich etwas günstiger von der Bank oder am Kapitalmarkt ausleihen. Doch was bedeutet das im Vergleich zum Nicht-Sparen? Es bedeutet, daß der Unternehmer nun Zinsen für die Mark bezahlen muß, die er umsonst bekommen hätte, wenn wir sie ausgegeben und nicht gespart hätten. Die Zinsen sind zwar gesunken, der Umsatz und damit der Gewinn aller Unternehmen aber auch. Ob sie daraufhin investieren, ist zumindest zweifelhaft. Der Anreiz zu investieren ist auf keinen Fall größer, sondern eher kleiner als im Fall ohne das zusätzliche Sparen.

Was wieder nur zeigt, daß es in der Ökonomie nichts umsonst gibt. Es wäre das Schlaraffenland mit den gebratenen Tauben, wenn man mehr Geld sparen, also auf Konsum heute verzichtete könnte, und dennoch die Unternehmen fröhlich weiterinvestierten, als wäre nichts geschehen. Wenn das so wäre, bräuchten wir uns überhaupt keine Gedanken über das Investieren zu machen, weil die Unternehmen unabhängig von ihrer Gewinnsituation immer genügend auf die Zukunft setzten und so Vorsorge betrieben. Bezieht man den Staat mit ein, gilt grosso modo das Gleiche. Legen wir unser Geld in Staatsanleihen an, statt es in die Rentenversicherung einzuzahlen, kann der Staat nur dann soviel ausgeben wie vorher, wenn er sich höher verschuldet. Die Kapitaldeckung ist dann nur eine teure Umlage. Gibt der Staat weniger Geld als vorher aus, kommt auch weniger Geld bei den Unternehmen an, mit den gleichen Folgen wie bei höherem Sparen der Privaten. Wir sorgen durch das Sparen also gerade nicht für die Zukunft vor, sondern tun das Gegenteil. Alles Raisonieren über Kapitalanlage im In- und Ausland ist sinnlos und häufig unehrlich. Die Volkswirtschaft als Ganzes kann nicht wie eine Kleinfamilie sparen. Sie kann kein Geldvermögen in die Zukunft transportieren, sondern nur Realkapital. Dessen Bildung wird aber durch den Versuch einer Gruppe, mehr Geldvermögen zu bilden, klar behindert.

Die ganze Debatte erweist sich als Schimäre. Jede Rente ist kapitalgedeckt. Sie ist gedeckt von dem Sachkapital, das genau zu dem Zeitpunkt Erträge abwirft, wo die Rente oder der Zins auf eine Anlage gezahlt werden soll. Eine andere Kapitaldeckung gibt es nicht. Wenn wir in 30 Jahren sehr viel mehr Rentner als Aktive im Vergleich zu heute haben, und die Rentner eine gleich gute Absicherung wie heute genießen sollen, dann müssen wir das auf die eine oder andere Weise bezahlen. Wir können die daraus entstehenden Lasten nur dadurch relativieren, daß wir heute viel in Sachkapital investieren und folglich in 30 Jahren so reich sind, daß Unternehmen und Arbeitnehmer 26 % Rentenbeitrag gut verkraften. Wollen wir es dennoch nicht bezahlen, müssen wir das mit den zukünftigen Rentnern ausmachen und ihnen

erklären, daß sie mit weniger Rente im Vergleich zum Einkommen auskommen müssen als die heutigen Rentner, also trotz größerem Wohlstand relativ arm sein werden. Das ist eine Verteilungsfrage und – wie alle Verteilungsfragen – schwer zu lösen. Heute den Menschen jedoch zu sagen, sie könnten diese Verteilungsfrage umgehen, indem sie ihre Groschen zusammenhalten, ist Scharlatanerie. Zum einen kostet das Sparen heute dann doch ganz konkret den Einzelnen etwas, nämlich die Minderung seines Konsums. Aber, was viel schlimmer ist, das Sparen gefährdet über die Minderung der Gewinne das Investieren und verschlechtert damit unmittelbar die Rendite, die der einzelne von seinen Ersparnissen zu erwarten hat.

Besonders abwegig ist es, auf das Ausland als Hort für unsere Ersparnisse zu verweisen. Auch dem Ausland zugeleitete Ersparnisse werden nicht in die Zukunft transferiert, sondern müssen dann eben an einem anderen Ort der Welt von einem Unternehmen heute aufgenommen und investiert werden. Um dies zu gewährleisten muß zunächst der Zins, also auch die Rendite des Anlage suchenden Kapitals sinken. Doch selbst dann spricht wenig dafür, daß bei vermehrtem deutschen Sparen angesichts der akuten Verschlechterung des Geschäfts aller Unternehmer dieser Welt mit irgendeiner Automatik mehr investiert wird. Das gilt weltweit ebenso wie im Inland. Es gibt im Ausland aber zusätzliche Kapitalanlagerisiken. Ob der Rest der Welt nämlich unsere guten Ersparnisse nimmt und dafür französisches Luxusparfüm, russischen Kaviar oder deutsche Sportwagen kauft, können wir kurzfristig in keiner Weise beeinflussen. Erst wenn sich längerfristig herausstellt, daß die anderen über ihre Verhältnisse gelebt haben, werden Konsequenzen gezogen. Die sehen üblicherweise so aus, daß die anderen unsere guten Ersparnisse in Form einer Abwertung ihrer Währungen massiv entwerten. In Asien haben wir das gerade erlebt.

So ist es am Ende ganz einfach: Es gibt ein reales Problem, das für 20–30 Jahre in der Mitte des 21. Jahrhunderts Überalterung heißt. Dessen Lasten kann man auf die eine oder andere Art verteilen. Man kann auch versuchen, das reale Problem durch reale Maßnahmen zu lösen. Eine reale Lösung ist z. B. die Zuwanderung von mehr jungen Menschen aus Ländern, die umgekehrte Bevölkerungsverhältnisse haben. Der Königsweg sind natürlich mehr Geburten im Inland. Zu denken ist auch an eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit. All diese realen Maßnahmen setzen jedoch voraus, daß bis dahin das Problem der Arbeitslosigkeit vollständig gelöst ist, weil sonst keine diese Maßnahmen greifen kann. Darauf sollten sich unsere Politiker daher schon heute vorwiegend konzentrieren. Einen Finanzierungstrick, mit dem man das reale Problem lösen könnte, gibt es jedenfalls nicht. Führt man Kapitaldeckung ein und beginnen die Menschen tatsächlich mehr zu sparen, gefährdet man sowohl die Akzeptanz der Verteilungslösungen als auch die Chance, einer Situation der Vollbeschäftigung näherzukommen.